

Ministerium für Soziales und Gesundheit

Abteilung für Sicherheit und Gesundheit

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Alkoholgesetzes

Folgenabschätzung des Vorschlags

1. Hintergrund

Im Regierungsprogramm von Ministerpräsident Petteri Orpo (20. Juni 2023) heißt es unter anderem, dass Finnlands Wirtschafts- und Produktivitätswachstum schon seit Langem langsam ist. Ziel der Regierung ist es, einen fairen und offenen Wettbewerb zu fördern. Die Regierung hat erläutert, dass sie den Markt weiterhin entschlossen und verantwortungsbewusst öffnen, Bedingungen für Wachstum auf dem Inlandsmarkt schaffen und das Wohlergehen und die Freiheit der Finnen erhöhen wird.

In diesem Zusammenhang umfasst das vereinbarte Regierungsprogramm eine Reihe von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Öffnung des Alkoholmarktes und der Steigerung des Wettbewerbs.

Die Ausarbeitung dieses Vorschlags ist Teil der Umsetzung des Eintrags, der in Kapitel 6 („Eine Wachstumsformel“) des Regierungsprogramms vereinbart wurde, wonach die Regierung die finnische Alkoholpolitik verantwortungsvoll in eine europäische Richtung reformieren wird, die auf der allgemeinen Reform des Alkoholgesetzes aufbaut, die 2018 durchgeführt wurde. Der Eintrag ermöglicht es Alko und inländischen lizenzierten Einzelhändlern auch, Alkohol online zu verkaufen und andere Einzelhandelskonzepte auf der Grundlage von Lieferung und Abholung zu entwickeln, wobei gleichzeitig eine Kontrolle der Altersgrenzen gewährleistet wird. Für Inlandslieferungen gelten die bestehenden Grenzwerte für den Inlandseinzelhandel, wobei die Ausnahmen für Handwerksbrauereien, Kleinbrauereien und Weingüter berücksichtigt werden.

Der Vorschlag wurde von den Beamten des Ministeriums für Soziales und Gesundheit ausgearbeitet.

2. Aktueller Stand und vorgeschlagene Änderungen

Der derzeitige Abschnitt 6 Absatz 2 und Abschnitt 26 des Alkoholgesetzes sehen das ausschließliche Recht von Alko auf den Einzelhandel mit alkoholischen Getränken vor, wobei eine der Ausnahmen beispielsweise der Einzelhandel mit alkoholischen Getränken mit geringerem Gehalt an Verbraucher durch Lebensmittelgeschäfte und Restaurants ist. Darüber hinaus war es den Erzeugern landwirtschaftlicher Weine und handwerklicher Biere möglich, eine Einzelhandelslizenz für den Einzelhandel mit diesen Erzeugnissen direkt von den Orten zu erhalten, an denen sie hergestellt wurden.

Ziel des Alkoholgesetzes ist es, den Konsum alkoholischer Substanzen durch die Einschränkung und Kontrolle der damit verbundenen Geschäftstätigkeiten zu verringern, um Schäden für Alkoholkonsumenten, andere Menschen und die Gesellschaft insgesamt zu verhindern.

Das Alkoholgesetz baut auf einem Lizenzsystem auf, das es ermöglicht, den Handel mit alkoholischen Getränken von der Herstellung über den Großhandel bis zum Einzelhandel und zur Ausgabe zu kontrollieren. Die geltenden Rechtsvorschriften haben eine wirksame Überwachung durch die Behörden ermöglicht und sichergestellt, dass Alkohol nicht unter Verstoß gegen Abschnitt 37 des Alkoholgesetzes verkauft wird. Durch den Verkauf von Alkohol an einer zugelassenen Verkaufsstelle wurde beispielsweise

sichergestellt, dass Alkohol nicht an Minderjährige oder stark betrunkene Personen verkauft wird. Darüber hinaus wurden Anstrengungen unternommen, um den Konsum alkoholischer Substanzen zu reduzieren, indem beispielsweise die Zeiten, zu denen Alkohol verkauft werden darf, geregelt wurden.

Die geltende Gesetzgebung erlaubt keine Lieferung von alkoholischen Getränken aus dem inländischen Einzelhandel oder vom staatseigenen Alkoholunternehmen Alko an einen vom Käufer angegebenen Ort. Durch das Alkoholgesetz würden Bestimmungen über die Abgabe alkoholischer Getränke von inländischen Einzelhandelsunternehmen direkt an den Empfänger ergänzt. Gleichzeitig würden einige geringfügige oder technische Änderungen des Gesetzes vorgenommen werden.

3. Lösungsoptionen

3.1 Lieferung alkoholischer Getränke unter einer Einzelhandelslizenz

Als Alternative zu den jetzt vorgeschlagenen Änderungen wurde ein Regulierungsmodell in Betracht gezogen, das die Lieferung alkoholischer Getränke nur für die im Alkoholgesetz genannten Inhaber von Einzelhandelslizenzen ermöglichen würde. Bei den in Betracht gezogenen Optionen handelte es sich um ein Modell, bei dem die Lieferung automatisch in die Einzelhandelslizenz aufgenommen würde, ohne dass ein gesonderter Antrag auf eine Lieferlizenz gestellt würde. Als zweite Option wurde ein Modell in Betracht gezogen, bei dem nur Inhaber von Einzelhandelslizenzen eine Lizenz für die Lieferung alkoholischer Getränke beantragen könnten. Die Lizenz wäre dann entweder als Änderung einer bestehenden Einzelhandelslizenz oder in Verbindung mit dem Antrag auf eine neue Einzelhandelslizenz beantragt worden.

In der Vorbereitung wurde anerkannt, dass die Aufnahme der Lizenz zur Abgabe alkoholischer Getränke in die Einzelhandelslizenz das derzeitige Lizenzsystem nach dem Alkoholgesetz am wenigsten ändern würde. Mit diesem Modell würde die Fähigkeit von Alkoholhändlern, ihren Verpflichtungen nachzukommen, im Genehmigungsverfahren berücksichtigt und ihre Daten würden bereits zu regulatorischen Kontrollzwecken in das Register aufgenommen. Die Verantwortung für den Betrieb und die Einhaltung des Gesetzes würde eindeutig beim Lizenznehmer liegen, der auch über konkrete Mittel verfügt, um die Arbeit seiner Mitarbeiter zu leiten. Unter diesem Modell wären die notwendigen Änderungen am Alkoholunternehmensregister am kostengünstigsten. Ebenso wurde davon ausgegangen, dass der Umfang der regulatorischen Kontrolle und die Zahl der zu kontrollierenden Personen nicht wesentlich zunehmen würden, da sich die Zahl der für den Einzelhandel zugelassenen Betreiber im Rahmen dieser Option nicht wesentlich verändern dürfte.

Diese Option wurde als am wenigsten wahrscheinlich angesehen, umfangreiche Änderungen der Alkoholgesetzgebung zu erfordern, im Vergleich zu anderen zu prüfenden Regulierungsoptionen. Die nachteiligen Auswirkungen der Änderungen, die die Abgabe alkoholischer Getränke ermöglichen, würden bei dieser Option ebenfalls als am wenigsten bedeutend bewertet. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass diese Regulierungsoption neuen Betreibern den Markteintritt im gleichen Umfang wie die gewählte Option ermöglichen würde, und wäre daher weniger wirksam, um das mit der Verordnung verfolgte Ziel zu erreichen.

Die Ermöglichung der Abgabe alkoholischer Getränke wird insbesondere durch das Ziel der Regierung vorangetrieben, einen fairen und offenen Wettbewerb zu fördern. Das Ziel der Regierung ist es, die Voraussetzungen für ein Wachstum des Binnenmarktes und für mehr Wohlstand und Freiheit für die finnischen Staatsbürger zu schaffen. Die Regierung wird auch weiterhin den Markt mit Entschlossenheit und Verantwortung öffnen. Die Regierung ist auch bestrebt, die Alkoholpolitik verantwortungsvoll in Richtung einer mehr europäischen Ausrichtung zu reformieren. Es wurde geschätzt, dass die Option, bei der

die Lieferlizenz für alkoholische Getränke in die Einzelhandelslizenz aufgenommen würde, nicht so wirksam wäre wie die regulatorische Option, die zur Erreichung der Ziele der Regierung und der vorgeschlagenen Änderung zur Öffnung des Marktes und zur Förderung eines faireren und transparenteren Wettbewerbs gewählt wurde. Bei der Vorbereitung wurde geschätzt, dass selbst wenn die negativen Auswirkungen dieser Option wahrscheinlich geringer wären als die der gewählten regulatorischen Option, die positiven Auswirkungen der Regulierung auch geringer wären als die der gewählten Option. Darüber hinaus würde die in der Einzelhandelslizenz enthaltene Lieferlizenz neuen Betreibern keinen Markteintritt ermöglichen, und die jetzt gewählte regulatorische Option würde daher das Recht auf Geschäftstätigkeit besser fördern als diese Option.

3.2 Lieferlizenz für alkoholische Getränke nur für Privat- und Geschäftsadressen

Bei der Vorbereitung wurde eine Alternative in Betracht gezogen, die andernfalls mit der vorgeschlagenen Verordnung identisch wäre, aber bei dieser Option könnten alkoholische Getränke nur an Privat- und Geschäftsadressen geliefert werden. Im Rahmen dieser Regelungsoption hätten alkoholische Getränke wie in der nun vorgeschlagenen Änderung bestellt werden können, aber die Lieferung hätte nur an feste Wohn- oder Geschäftsadressen erfolgen können, sodass beispielsweise keine Lieferungen an öffentliche Räume hätten erfolgen können.

Bei der Vorbereitung wurde davon ausgegangen, dass diese regulatorische Option den Zweck und das Ziel des Alkoholgesetzes gut erreicht hätte, aber nicht so gut und im Großen und Ganzen mit dem im Regierungsprogramm festgelegten Ziel übereinstimmte wie die gewählte regulatorische Option. Die regulatorische Option hätte den möglichen Anstieg der sozialen Unruhe, der sich möglicherweise aus der Lieferung alkoholischer Getränke ergeben könnte, besser minimieren können, hätte aber gleichzeitig für die Zusteller alkoholischer Getränke Verwirrung hinsichtlich der Adressen, an die alkoholische Getränke geliefert werden dürfen, und der Adressen, an die dies nicht der Fall ist, schaffen können.

3.3 Lieferung alkoholischer Getränke als meldepflichtige Tätigkeit

Eine weitere Option bei der Vorbereitung bestand darin, ein Modell zu bewerten, bei dem der Lieferant alkoholischer Getränke der Behörde vor Beginn der Liefertätigkeiten eine Meldung übermitteln würde. Der Vorteil dieses Modells bestünde darin, dass die Zusteller alkoholischer Getränke ebenso wie die Inhaber von Einzelhandelslizenzen weiterhin bei der Behörde registriert wären. In Bezug auf die meldepflichtigen Tätigkeiten würde es jedoch keine Bewertung der Kapazität des mit der Lieferung alkoholischer Getränke befassten Wirtschaftsteilnehmers geben, d. h. es gäbe keine vorherige Kontrolle durch die Behörden. Bei dieser regulatorischen Option würde die Zahl der Betreiber und damit die Zahl der Betreiber, die die Behörden beaufsichtigen müssten, wahrscheinlich stärker zunehmen und es wäre schwieriger, gegen illegale Aktivitäten vorzugehen, als bei der gewählten regulatorischen Option. Dieses Modell würde es dem Händler erleichtern, mit der Lieferung alkoholischer Getränke zu beginnen, als das gewählte, und würde somit im Einklang mit den Zielen der Regierung mehr Wettbewerb als das gewählte Modell eröffnen. Bei der Vorbereitung wurde jedoch geschätzt, dass die Probleme bei der Überwachung und Bekämpfung illegaler Aktivitäten sowie die potenziellen schädlichen Auswirkungen alkoholischer Getränke bei dieser Option erheblich höher wären als bei dem gewählten Modell. Das gewählte Modell dient auch dem Zweck und Ziel der Alkoholgesetzgebung besser als diese regulatorische Option.

3.4 Lieferung alkoholischer Getränke ohne Genehmigung oder Notifizierungsverfahren

Eine Option wurde auch geprüft, bei der für die Lieferung alkoholischer Getränke keine Mitteilung an die Behörden oder der Antrag auf eine gesonderte Lizenz erforderlich wäre. Dies wäre das leichteste Modell für Händler und würde allen Marktteilnehmern den freien Markteintritt ermöglichen.

Im Rahmen dieser regulatorischen Option würden Marktteilnehmer, die an der Lieferung alkoholischer Getränke beteiligt sind, weder in das Register der Behörde aufgenommen noch unter das Lizenzsystem fallen, und ihre allgemeinen Bedingungen für den Erwerb einer Lizenz würden nicht geprüft. In diesem Fall könnten Betreiber, die keine Lizenz nach dem Alkoholgesetz erhalten könnten, weiterhin Lieferdienstleistungen erbringen. Die Zahl der Zusteller wäre auch völlig unbeschränkt, und selbst Einzelhändler von alkoholischen Getränken, geschweige denn die Behörden, hätten keine Kenntnis von denjenigen, die die Lieferungen abwickeln, oder der Rechtmäßigkeit ihrer Tätigkeiten. Die Risiken einer Zunahme alkoholbedingter Schäden, einschließlich der Schattenwirtschaft, wären bei dieser Regulierungsoption im Vergleich zu den anderen zu prüfenden regulatorischen Optionen am höchsten.

Es wurde festgestellt, dass eine regulatorische Option, die es erlaubt, alkoholische Getränke von jedermann frei an Kunden zu liefern, das Lizenzsystem der bestehenden Alkoholgesetzgebung in Frage stellen und auch die Grenzen der lizenzpflichtigen Tätigkeit verwischen würde. Bei der Vorbereitung wurde darauf hingewiesen, dass das Verbot der Vermittlung von Alkohol gegen Entgelt, das im Strafgesetzbuch als Alkoholstraftat enthalten ist, bei dieser legislativen Option praktisch bedeutungslos würde. Im Rahmen dieser Option würde die Legitimität des alkoholrechtlichen Lizenzsystems auch in Frage gestellt, wenn die Abgabe alkoholischer Getränke in Betrieben, die zur Ausgabe von Alkohol zugelassen sind, und durch Einzelhandelsgeschäfte genehmigungspflichtig wäre, die gleiche Anforderung jedoch nicht für die Lieferung gelten würde, obwohl Studien gezeigt haben, dass die Risiken eines Verstoßes gegen das Verbot der Ausgabe von Alkohol bei Alkohollieferungen höher sind als bei Betrieben, die zur Ausgabe von Alkohol oder Einzelhandelsgeschäften zugelassen sind.

Es wurde geschätzt, dass diese regulatorische Option die Vorteile überwiegen würde und aus Sicht von Geist und Zweck des Alkoholgesetzes nicht akzeptabel wäre.

4. Anmerkungen der Interessengruppen

Die Regierungsparteien haben sich auf den Vorschlag im Regierungsprogramm geeinigt, und der Vorschlag wurde zwischen dem 5. Juli 2024 und dem 30. August 2024 zur Stellungnahme übermittelt. Die Mehrheit der Konsultationsteilnehmer lehnte den Vorschlag ab. Dreiundzwanzig der Konsultationsteilnehmer begrüßten den Vorschlag, aber die Mehrheit derjenigen, die den Vorschlag positiv bewerteten, forderte umfangreiche Änderungen des Vorschlags. Einige der Konsultationsteilnehmer äußerten sich in ihren Kommentaren nicht zu der vorgeschlagenen Änderung, aber auch diese Kommentare enthielten mehrere Vorschläge zur Korrektur und Weiterentwicklung des Gesetzentwurfs. Mehrere Kommentare enthielten abschnittsweise Kommentare zu verschiedenen erforderlichen Änderungen, und in einigen Fällen widersprachen sich die Ansichten der verschiedenen Konsultationsteilnehmer.

5. Bewertung der Auswirkungen der gewählten Option

5.1 Allgemeines

Die Herstellung, der Verkauf und die Vermarktung von alkoholischen Getränken generieren über 1 Milliarde Steuereinnahmen für die Gesellschaft, Milliarden von Betriebseinnahmen für verschiedene Unternehmen und Arbeitseinkommen für Menschen, die an der Produktion, dem Verkauf und der Vermarktung von

Alkohol beteiligt sind. Der Alkoholkonsum kostet jedoch direkt und indirekt Milliarden von Euro die Gesellschaft, Unternehmen und Einzelpersonen.

E-Commerce und Lieferung von Alkohol sind relativ neue Phänomene im Alkoholhandel. Die COVID-19-Pandemie hat den Online-Verkauf alkoholischer Getränke weltweit beschleunigt, und während der COVID-19-Pandemie wurden die Beschränkungen für den elektronischen Handel und die Zustellung in mehreren Ländern gelockert, um die Handelsbedingungen unter den außergewöhnlichen Umständen zu verbessern. Der E-Commerce und die Lieferung von alkoholischen Getränken als neue Zugangskanäle stellen neue Herausforderungen an die Umsetzung und Kontrolle des verantwortungsvollen Alkoholverkaufs. Alkohol ist kein normales Konsumprodukt, sondern verursacht eine Vielzahl von sozialen und gesundheitlichen Problemen für die Verbraucher.

Da der elektronische Handel und die Lieferung von Alkohol noch relativ neue Phänomene sind, wurde in der internationalen Literatur nur eine begrenzte Anzahl von Artikeln über die Lieferung (oder Hauszustellung) von Alkohol veröffentlicht. Anfang 2024 hat das Finnische Institut für Gesundheit und Wohlfahrt (THL) in einer Forschungspublikation bestehende Forschungsergebnisse und Erfahrungen zu den Auswirkungen der Liefertätigkeiten alkoholischer Getränke (in diesem Vorschlag würde die Lieferung alkoholischer Getränke die Lieferung zu Hause umfassen) zusammengestellt¹. Diese Beweisgrundlage wurde auch bei der Folgenabschätzung dieses Rechtsaktsentwurfs herangezogen.

Es liegen keine direkten wissenschaftlichen Daten darüber vor, ob sich die Lieferung alkoholischer Getränke auf das Gesamtvolumen des Alkoholkonsums auf individueller oder sozialer Ebene auswirkt. Im E-Commerce neigen die Verbraucher dazu, in einer Transaktion mehr Geld für Alkohol auszugeben als in einem Geschäft, und die Lagerung höherer Alkoholmengen zu Hause kann den Konsum erhöhen. Es ist auch bekannt, dass der Preis für alkoholische Getränke Auswirkungen auf den Konsum hat und Alkohollieferungen den Aufwand für die Beschaffung von Alkohol reduzieren können, auch in Form von Zeitersparnis. Der Aufwand für den Kauf alkoholischer Getränke kann auch als Teil der Gesamtkosten des Getränks für den Verbraucher angesehen werden². Die einfache Bestellung könnte daher den Konsum alkoholischer Getränke bei einigen Verbrauchern erhöhen. Auch in Zukunft dürfte der Großteil des konsumierten Alkohols in physischen Verkaufsstellen gekauft werden, und der Anteil des durch Lieferung gekauften Alkohols dürfte relativ gering sein. Auf diese Weise dürfte sich der Gesetzentwurf auf einen relativ geringen Anteil des gesamten Alkoholkonsums auswirken, sodass seine Auswirkungen auf den gesamten Alkoholkonsum auf sozialer Ebene schätzungsweise relativ begrenzt sind. Diese Bewertung ist jedoch mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Auf individueller Ebene kann sich die Lieferung alkoholischer Getränke, insbesondere die schnelle Lieferung, auf den risikoreichen Alkoholkonsum und das episodische Trinken und damit auf alkoholbedingte Schäden auswirken. Die Auswirkungen des Vorschlags auf alkoholbedingte Schäden werden insbesondere im Abschnitt „Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit“ ausführlicher beschrieben.

Der Vorschlag hätte die gewünschten positiven wirtschaftlichen Auswirkungen, da er den Verbrauch und die Geschäftsmöglichkeiten für Marktteilnehmer, die alkoholische Getränke verkaufen, fördern würde, indem er die Lieferung alkoholischer Getränke ermöglicht. Selbst wenn der Vorschlag auch den Verwaltungsaufwand für Unternehmen erhöhen würde, wäre der Vorschlag insgesamt unternehmensfreundlich. Gleichzeitig könnte der Vorschlag begrenzte Auswirkungen auf alkoholbedingte Schäden und deren Kosten haben. Die Bedeutung dieser Nachteile variiert jedoch je nachdem, ob sie auf der Ebene einer Einzelperson, einer Gemeinschaft oder der Gesellschaft betrachtet werden. Auf sozialer

¹ Mäkelä, P. & Warpenius, K. (2024) Alkoholijuomien kotiinkuljetus – tietopohjaa sääntelystä ja vaikutuksista. Die Veröffentlichungsreihe Tutkimuksesta tiiviisti 11/2024. Finnisches Institut für Gesundheit und Wohlfahrt, Helsinki

² Stockwell T, Gruenewald PJ. (2004) Kontrollen der physischen Verfügbarkeit von Alkohol, Das wesentliche Handbuch für die Behandlung und Prävention von Alkoholproblemen. West Sussex: John Wiley & Sons, S. 213–33.

Ebene dürften die Auswirkungen des Vorschlags auf alkoholbedingte Schäden eher begrenzt sein, aber für einige Einzelpersonen oder Gemeinschaften können die Auswirkungen des Vorschlags erheblich sein.

Im Regierungsprogramm von Premierminister Petteri Orpo werden mehrere auf den Alkoholmarkt bezogene Ziele genannt. Das Gesetz zur Änderung der §§ 17 und 26 des Alkoholgesetzes (HE 7/2024) trat am 10. Juni 2024 in Kraft. Das Gesetz erlaubt es, stärkere fermentierte alkoholische Getränke im lizenzierten Einzelhandel zu verkaufen. Mit den Änderungen der im Januar 2024 in Kraft getretenen Steuer auf alkoholische Getränke (HE 37/2023) wird die auf Bier erhobene Steuer gesenkt und die Steuer auf Weine und andere fermentierte Getränke mit einem Alkoholgehalt von mehr als 5,5 Volumenprozent, Zwischenprodukte und Ethylalkoholgetränke erhöht. Obwohl sich der Vorschlag hauptsächlich an dieselben Personen- und Betreibergruppen richtet wie die Anfang 2024 in Kraft getretene Gesetzesreform, die den Verkauf stärkerer alkoholischer Getränke im lizenzierten Einzelhandel ermöglichte, hätten die Vorschläge wahrscheinlich keine Synergieeffekte, die die unabhängigen Auswirkungen der Vorschläge erheblich verstärken würden. Selbst wenn sich beide Vorschläge auf die Absatzkanäle für alkoholische Getränke auswirken würden, wären die unabhängigen Auswirkungen der Gesetzesvorschläge wahrscheinlich ziemlich ähnlich, selbst wenn der zweite Vorschlag nicht umgesetzt würde. Der Gesetzentwurf schlägt vor, dass die Lieferung von alkoholischen Getränken erlaubt wäre, wenn die alkoholischen Getränke bei inländischen Einzelhandelsgeschäften oder beim staatseigenen Alkoholunternehmen Alko gekauft und abgeholt würden. Die Zulassung des Verkaufs stärkerer alkoholischer Getränke im lizenzierten Einzelhandel hat sich daher nicht auf die Arten alkoholischer Getränke ausgewirkt, die nach dem Gesetzentwurf geliefert werden könnten. Betrachtet man die gesamte Alkoholpolitik der Regierung über den bisherigen Regierungszeitraum, so ist festzustellen, dass sie sowohl Maßnahmen zur Steigerung des Gesamtalkoholkonsums (Verkauf stärker fermentierter alkoholischer Getränke im lizenzierten Einzelhandel) als auch Steueränderungen umfasste, die voraussichtlich den Gesamteffekt der Verringerung des Gesamtalkoholkonsums haben werden. Aus wirtschaftlicher Sicht verfolgt der Vorschlag weiterhin die Ziele des Regierungsprogramms zur Förderung eines fairen und offenen Wettbewerbs.

5.2 Wirtschaftliche Folgen

Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen

Wie oben beschrieben, gibt es keine direkten wissenschaftlichen Beweise für die Auswirkungen von Alkohollieferungen auf den Alkoholkonsum, und die Auswirkungen des Vorschlags auf den Gesamtalkoholkonsum werden im Allgemeinen als begrenzt eingeschätzt. Dennoch kann der Vorschlag Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen in Bezug auf die Einnahmen und Kosten des Alkoholkonsums haben. Die Belastung der Sozial- und Gesundheitswesens durch Alkohol ist erheblich. Wenn der Gesetzentwurf den Gesamtkonsum von Alkohol oder den Alkoholkonsum bei alkoholintensiven Nutzern erhöhen würde, könnte er sich auch auf die Sozial- und Gesundheitskosten der Behandlung von alkoholbedingten Schäden auswirken. Ähnlich, wenn der Vorschlag den Alkoholkonsum erhöhen würde, hätte das eine begrenzte Auswirkung auf die Erhöhung der Alkoholsteuereinnahmen.

Der Vorschlag könnte sich auf die Einnahmen aus der Alkoholsteuer auswirken, wenn infolge des Vorschlags einige nicht-finnische Online-Käufe an inländische Online-Shops übertragen würden. Die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen werden jedoch als gering eingeschätzt. Es ist unwahrscheinlich, dass ein erheblicher Anteil der Käufer, die alkoholische Getränke in Online-Shops im Ausland kaufen, in den inländischen E-Commerce wechseln würde, da die Mehrheit der Käufer, die alkoholische Getränke in ausländischen Online-Shops kaufen, darauf abzielt, die Getränke so preisgünstig wie möglich zu kaufen. Die gesetzliche Alkoholsteuer auf Online-Verkäufe von alkoholischen Getränken aus dem Ausland wurde nur für einen geringen Prozentsatz der Verkäufe entweder vom Verkäufer oder vom Käufer bezahlt. Derzeit

wurden jährlich rund 1 Mio. EUR an Alkoholzöllen auf Verkäufe im elektronischen Handel entrichtet, während im Jahr 2023 beispielsweise der Betrag der Alkoholzölle, der auf der Menge der online gekauften alkoholischen Getränke berechnet wird und auf etwa 0,7 Mio. Liter 100%-Alkohol geschätzt wird, etwa 30 Mio. EUR betragen würde. Die Höhe der Steuer spiegelt die geschätzte Steuerlücke wider, d. h. die Höhe der Alkoholsteuer, die bei Online-Einkäufen hätte gezahlt werden müssen. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass ein entsprechender Anstieg der Steuereinnahmen jedoch nicht eintreten würde, wenn beispielsweise alle Online-Verkäufe von alkoholischen Getränken genau überwacht und besteuert werden könnten. Durch den Vergleich der Steuerbeträge kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die meisten Online-Einkäufe derzeit in Finnland nicht besteuert werden. Die direkten Haushaltsauswirkungen des Vorschlags würden die Haushalte der Behörden betreffen, die das Alkoholgesetz überwachen. Der Vorschlag würde den Arbeitsaufwand und die Kosten für die Behörden, die das Alkoholgesetz überwachen – die regionalen staatlichen Verwaltungsstellen und die nationale Aufsichtsbehörde für Soziales und Gesundheit (Valvira) – erhöhen, da eine völlig neue Lieferlizenz für alkoholische Getränke der Kontrolle unterliegen würde. Der Vorschlag würde es den regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden ermöglichen, Kontrollgebühren zu erheben, um die zunehmende Arbeitsbelastung der Behörden zu decken.

Auswirkungen auf Unternehmen

Im Allgemeinen würde der Vorschlag das Funktionieren des Marktes und den Wettbewerb verbessern, indem er die Lieferung alkoholischer Getränke für alle Inhaber von Lieferlizenzen für alkoholische Getränke ermöglicht. Eine Lieferlizenz für alkoholische Getränke könnte unter den im Gesetzentwurf festgelegten Bedingungen beispielsweise von allen Inhabern einer Einzelhandelslizenz, Alko und Transport- und Cateringdiensten erworben werden. Die Lieferung alkoholischer Getränke wäre an die Bedingung geknüpft, dass die alkoholischen Getränke im Einzelhandel oder bei Alko gekauft wurden. Der Vorschlag würde daher auch die Geschäftsmöglichkeiten inländischer Wirtschaftsteilnehmer verbessern, die rechtmäßig alkoholische Getränke verkaufen. Darüber hinaus würde der Vorschlag die Position inländischer Wirtschaftsbeteiligter gegenüber nichtfinnischen Alkoholverkäufern ausgleichen, da es zuvor möglich war, Alkohol von nichtfinnischen Alkoholverkäufern unter bestimmten Bedingungen zu kaufen, nicht jedoch von inländischen Alkoholverkäufern.

Einzelhandelsgeschäfte sind der größte Absatzkanal für Alkohol in Finnland. Im Jahr 2023 wurden fast 50 % des gemeldeten Alkoholkonsums aus dem Einzelhandel außerhalb von Alko, d. h.

Lebensmittelunternehmen, Kiosken und Transportstationen, bezogen. Der elektronische Handel mit Lebensmitteln ist in den letzten Jahren immer beliebter geworden und machte im Jahr 2024 2,7 % des Lebensmittelumsatzes aus³. Derzeit sind Verbraucher nicht in der Lage, alkoholische Getränke online zu bestellen, wenn sie Lebensmittel bestellen. Der Gesetzentwurf würde es den Verbrauchern ermöglichen, alle ihre Einkäufe im Einzelhandel online zu bestellen, was zum Wachstum des elektronischen Geschäftsverkehrs beitragen könnte. Während einige Unternehmen im Einzelhandel wahrscheinlich selbst alkoholische Getränke liefern würden, könnte sich eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen auch auf externe Lieferunternehmen verlassen, um alkoholische Getränke zu liefern.

Der Gesetzentwurf könnte auch die Geschäftschancen für Restaurants erhöhen. Insbesondere könnte die Lieferung alkoholischer Getränke von für den Einzelhandel mit Alkohol zugelassenen Restaurants in Anspruch genommen werden, die derzeit als eigene Tätigkeit Lebensmittel an Kunden liefern oder einen Liefervertrag mit einem anderen Unternehmen geschlossen haben. Wenn die Restaurants den Alkohol selbst an den Kunden liefern würden, wäre eine Lieferlizenz für alkoholische Getränke erforderlich. Wenn alkoholische Getränke von einem anderen Unternehmen, wie z. B. einem Lebensmittellieferservice,

³ Finnischer Lebensmitteleinzelhandelsverband (27. März 2024). Päivittäistavara kaupan myynti ja markkinaosuudet 2023. <https://www.pty.fi/blog/2024/03/27/paivittaitavarakaup-an-myynti-ja-markkinaosuudet-2023/>

geliefert würden, müsste dieses andere Unternehmen über eine Lieferlizenz für alkoholische Getränke verfügen.

Ein Anbieter von Lieferdiensten für alkoholische Getränke, der im Namen des Lizenzinhabers für die Lieferung alkoholischer Getränke handelt, sollte eine Schulung zur Lieferung alkoholischer Getränke absolviert haben (Lieferpass für alkoholische Getränke). Der Lieferpass für alkoholische Getränke würde im Prinzip dem derzeitigen Alkoholpass ähneln. Ein Lieferpass für alkoholische Getränke würde niedrige Kosten für Unternehmen mit sich bringen, die alkoholische Getränke in Form von direkten Schulungskosten und Ersatzprogrammen liefern. Die direkten Kosten für den Lieferpass-Test werden wahrscheinlich einige Dutzend Euro pro Person betragen, die den Test ablegt. So schwanken die Preise für die Alkohol-Passtests derzeit meistens zwischen rund 30 und 60 EUR.

Den Unternehmen, die mit der Lieferung alkoholischer Getränke befasst sind, würden Kosten für die Beantragung einer Lieferlizenz entstehen, insbesondere in Form einer Lizenzgebühr, die von den regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden erhoben wird. Die Bestimmungen über die von den regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden erhobenen Lizenzgebühren sind im Gebührenerlass der regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden festgelegt, und die Höhe der Lizenzgebühr, die im Zusammenhang mit Anträgen auf eine Lizenz zur Lieferung alkoholischer Getränke zu erheben ist, würde später durch einen Regierungserlass festgelegt. Darüber hinaus würde den Lizenzinhabern eine jährliche Kontrollgebühr in Rechnung gestellt. Die Kosten für die Beantragung einer Lizenz sowie die jährlichen Kontrollgebühren könnten insbesondere einige kleine Marktteilnehmer davon abhalten, eine Lizenz zu beantragen. Im Gesetzentwurf würde die Höhe der Kontrollgebühr für die Lieferung alkoholischer Getränke je nach Anzahl der vom Lizenznehmer gemeldeten Lieferungen variieren. Die Grundkontrollgebühr würde 100 EUR betragen und sich nach eintausend Lieferungen um 0,1 EUR pro Lieferung erhöhen. Lieferlizenzen für alkoholische Getränke würden von Wirtschaftsteilnehmern beantragt, die über einen ausreichenden Vorrat an alkoholischen Getränken und ein ausreichendes Einkommen im Verhältnis zu den Kosten für die Beantragung der Lizenz verfügen. Betreiber, die derzeit rechtmäßig Alkohol verkaufen und nach Inkrafttreten des Vorschlags nicht selbst mit der Lieferung alkoholischer Getränke beginnen würden, könnten einen Transport- oder Lebensmittellieferdienst mit einer Lizenz zur Lieferung von Alkohol nutzen. Es ist jedoch unklar, wie insbesondere einige Lebensmittellieferdienste in Finnland ihre Lieferlizenz organisieren würden. Derzeit nutzen einige in Finnland tätige Lebensmittelkuriere selbstständige Unternehmer für den Transport, und es wäre den selbstständigen Unternehmern möglich, eine Lizenz für die Lieferung alkoholischer Getränke zu beantragen. Die Lizenz- und Kontrollgebühren, die selbstständigen Unternehmern bei der Beantragung einer Lizenz entstehen, könnten jedoch im Verhältnis zu den durch die Tätigkeit erzielten Einnahmen hoch sein. Daher wäre es wahrscheinlicher, dass der Lizenzantrag von einem Plattformdienst gestellt würde, der wiederum selbstständige Unternehmer in seinem Betrieb einsetzen würde.

Auswirkungen auf Behörden

Die Überwachung des Einzelhandelsverkaufs und der Abgabe alkoholischer Getränke sowie die Überwachung der Werbung für alkoholische Getränke obliegt der Nationalen Aufsichtsbehörde für Wohlfahrt und Gesundheit (Valvira) und den regionalen staatlichen Verwaltungsstellen. Der Gesetzentwurf würde Valvira und die regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden verpflichten, die Lieferung alkoholischer Getränke zu überwachen. Lieferanten von alkoholischen Getränken beantragen die Lizenz für die Lieferung von alkoholischen Getränken bei der regionalen staatlichen Verwaltungsbehörde.

Anfang 2024 hatte Finnland rund 4 200 gültige Alkoholeinzelhandelslizenzen und etwa 490 Alko-Läden oder -Abholstellen und etwa 9 900 gültige Lizenzen für das Servieren von Alkohol. Etwa 1 400 Inhaber einer Ausgabelizenz besaßen auch eine Lizenz für den Einzelhandel mit Alkohol. Der Gesetzentwurf würde die Zahl der von den Alkoholbehörden zu überwachenden Ziele erhöhen und damit den Bedarf an Ressourcen

der Alkoholbehörden für deren Überwachung erhöhen. Ein großer Teil der Antragsteller, die eine Lizenz für die Lieferung alkoholischer Getränke beantragen, muss nicht unbedingt bereits im Besitz einer Einzelhandelslizenz für Alkohol sein. Die Lieferung von alkoholischen Getränken als neues Lizenzverfahren würde die Arbeit der Lizenzierungsbehörden zumindest bei Inkrafttreten des Gesetzes, aber auch als regelmäßige und dauerhafte Form der Lizenzverwaltung erheblich erhöhen.

Der Gesetzentwurf würde die Zahl der von den Alkoholbehörden zu überwachenden Ziele erhöhen und damit den Bedarf an Ressourcen der Alkoholbehörden für deren Überwachung erhöhen. Da bisher rund 14 500 Ausgabeflächen oder Einzelhandelsgeschäfte von den Alkoholbehörden beaufsichtigt wurden, wird es künftig eine nahezu unbegrenzte Anzahl von Lieferstellen für alkoholische Getränke geben. Valvira würde weiterhin als leitende Behörde für die Durchsetzung des Alkoholgesetzes dienen und damit auch die Lieferung alkoholischer Getränke im ganzen Land überwachen. Ebenso würden die regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden die Lieferung alkoholischer Getränke in ihrem Gebiet überwachen. Amtliche Kontrollen der Lieferung alkoholischer Getränke würden zum Teil durch Testkäufe durchgeführt, was eine völlig neue Form der amtlichen Kontrolle in Finnland im Zusammenhang mit dem Alkoholverkauf sei. Dies würde die Schaffung neuer Praktiken erfordern. Dies würde auch zu einer vorübergehenden Erhöhung des Bedarfs an Aufsichtsressourcen führen. Als neue Aufgabe wäre Valvira für die Überwachung von Bildungseinrichtungen in Bezug auf den Lieferpass-Test zuständig.

Bei der Bewertung der für die Alkoholverwaltung im Rahmen des Vorschlags erforderlichen Haushaltsmittel sowie der Höhe der erhobenen Kontrollgebühren wurde davon ausgegangen, dass es etwa 100 bis 300 Lizenzinhaber für die Lieferung alkoholischer Getränke geben würde. Diese Annahme ist mit erheblicher Unsicherheit behaftet, da es sehr schwierig ist, vorherzusagen, wie die an der Lieferung alkoholischer Getränke beteiligten Wirtschaftsteilnehmer ihre Tätigkeiten in der Praxis organisieren würden. Darüber hinaus hat sich das Modell der Kontrollgebühren seit der Konsultationsrunde erheblich geändert, und die wichtigsten Akteure wurden aufgrund des engen Zeitplans des Vorschlags nicht zu den Änderungen konsultiert. Einige der derzeitigen Inhaber von Alkoholeinzelhandelslizenzen könnten die Lieferung alkoholischer Getränke selbst durchführen, aber ein erheblicher Teil würde wahrscheinlich ein externes Transportunternehmen für die Lieferung alkoholischer Getränke in Anspruch nehmen. Aus diesem Grund wurde in den Schätzungen des Vorschlags davon ausgegangen, dass es eine wesentlich geringere Zahl von Inhabern von Lieferlizenzen für Alkohol geben würde als beispielsweise Inhaber von Einzelhandelslizenzen für Alkohol.

Die regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden würden Kosten für die Erteilung von Lizenzen an Antragsteller für eine Lizenz zur Lieferung alkoholischer Getränke und für die Überwachung der Inhaber einer Lizenz zur Lieferung alkoholischer Getränke tragen. Im ersten Jahr der Anwendung des Gesetzes würden sich die zusätzlichen Mittel, die aufgrund der Lizenzierung und Kontrolle erforderlich wären, auf insgesamt etwa 320 000 EUR belaufen, was etwa den jährlichen Lohn von vier Personen entsprechen würde. Im ersten Jahr würde die Hälfte der zusätzlichen Mittel, d. h. 160 000 EUR, was den jährlichen Lohnkosten von zwei Personen entspricht, für die Lizenzvergabe und die Hälfte, d. h. 160 000 EUR, was den jährlichen Lohnkosten von zwei Personen entspricht, für die Kontrolle bereitgestellt. Die Lizenzkosten würden durch die Lizenzgebühren gedeckt, die von den regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden bei den Antragstellern von Lieferlizenzen erhoben werden. Da die Zahl der Antragsteller für Lieferlizenzen schwer vorherzusagen ist, sind die Einnahmen aus den Lizenzgebühren der regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden unvorhersehbar. Würde man davon ausgehen, dass die Lizenzgebühr, z. B. die Gebühr für eine Lizenz zur Ausgabe von Alkohol in Fällen, in denen der Lizenzantragsteller keinen festen Platz zur Abgabe von Alkohol hat (950 EUR), entspricht, würden 100 bis 300 Lizenzantragsteller einem Lizenzgebührenaufkommen von etwa 100 000 EUR bis 290 000 EUR entsprechen. Nach dem ersten Jahr würden die für die Erteilung von Genehmigungen erforderlichen zusätzlichen Mittel gekürzt und der Kontrollanteil erhöht, so dass sich die für die Kontrolle erforderlichen zusätzlichen Mittel ab 2026 auf

240 000 EUR belaufen würden, was den jährlichen Lohnkosten von drei Personen für die regionalen staatlichen Verwaltungsstellen entspricht.

Der Vorschlag hätte auch Auswirkungen auf die Tätigkeiten von Valvira und die für die Alkoholkontrolle erforderlichen Informationssysteme. Dem Vorschlag zufolge hätte Valvira einen dauerhaften Bedarf an zusätzlichen Mitteln in Höhe von 80 000 EUR, was jährlichen Lohnkosten von einer Person entspricht. Tabelle 1 zeigt die Auswirkungen des Vorschlags auf die operativen Ausgaben der Agenturen. Zusätzlich zu den in Tabelle 1 aufgeführten operativen Ausgaben wird im dritten Nachtragshaushalt für 2024 eine einmalige zusätzliche Mittelausstattung in Höhe von 375 000 EUR für Valvira für Änderungen des Alkoholhandelsregisters, der E-Services und der Antragsformulare vorgeschlagen. Änderungen des Alkoholhandelsregisters, der elektronischen Dienstleistungen und der Antragsformulare sollten unverzüglich eingeleitet werden, damit bei Inkrafttreten des Gesetzes die Einhaltung der Anforderungen des Systems zu Beginn des Betriebs überprüft werden kann. Die einmaligen Mittel für die operativen Ausgaben des Postens 33.02.05 (Betriebsausgaben der Nationalen Aufsichtsbehörde für Wohlfahrt und Gesundheit (Valvira)) würden aus Mitteln des zentralen Regierungshaushalts finanziert. Die Kosten für Änderungen des Informationssystems würden jedoch in den kommenden Jahren entsprechend der jährlichen Abschreibung der Investitionsausgaben den Lizenz- und Kontrollgebühren zugerechnet.

Tabelle 1. Auswirkungen auf die operativen Ausgaben der Agenturen

	2025	Ab 2026
Regionale staatliche Verwaltungsbehörden (Posten 28.40.01)	160.000	240.000
Nationale Aufsichtsbehörde für Wohlfahrt und Gesundheit Valvira (Posten 33.02.05)	80.000	80.000

Die regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden würden von den Inhabern einer Lizenz für die Lieferung alkoholischer Getränke eine Kontrollgebühr erheben, um die Kosten zu decken, die der Alkoholverwaltung durch die Überwachung der Lizenzen für die Lieferung alkoholischer Getränke entstehen. Eine entsprechende Kontrollgebühr wird auch von den Inhabern von Einzelhandels- und Ausgabelizenzen erhoben. In dem Vorschlag würden die Kontrollgebühren auf der Grundlage der Lieferungen der Lizenzinhaber für die Lieferung alkoholischer Getränke festgelegt. Eine Grundgebühr von 100 EUR wird allen Inhabern von Lieferlizenzen in Rechnung gestellt. Für den Teil, der eintausend Lieferungen übersteigt, beträgt die Kontrollgebühr zusätzlich zur Grundgebühr 0,1 EUR pro Lieferung. Beispielsweise würde ein Lizenzinhaber, der 10 000 Lieferungen pro Jahr tätigt, eine Liefergebühr in Höhe von 1 000 EUR zahlen. Die zu erhebenden Kontrollgebühren sind hinsichtlich der Schätzungen sowohl der Zahl der Inhaber von Lieferlizenzen als auch des Umfangs der Lieferungen durch die Inhaber von Lieferlizenzen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Bei der Schätzung der Höhe der erhobenen Kontrollgebühren wurde davon ausgegangen, dass ein großer Teil der Lizenzinhaber (etwa drei Viertel) relativ kleine Betreiber sind, die die Grundgebühr entrichten. Darüber hinaus wären etwa ein Viertel der Lizenzinhaber etwas größere Betreiber mit einem Liefervolumen von einigen zehntausend Lieferungen pro Jahr. Neben diesen Lizenzinhabern gäbe es einige große Betreiber mit einem jährlichen Liefervolumen von einigen hunderttausend Lieferungen. Auf der Grundlage der oben beschriebenen Annahmen werden die jährlichen Einnahmen aus Kontrollgebühren auf 200 000 EUR bis 350 000 EUR geschätzt.

Die Einnahmen aus den Kontrollgebühren für die Alkoholkontrolle werden dem Staatshaushaltsposten 11.10.19 gutgeschrieben. (sonstige steuerähnliche Gebühren), jedoch würde der

volle geschätzte Betrag erst ab 2027 gutgeschrieben. Die erhobenen Kontrollgebühreneinnahmen könnten zur Finanzierung der zusätzlichen Mittel verwendet werden, die für die operativen Ausgabenposten der regionalen staatlichen Verwaltungsstellen und von Valvira erforderlich sind, wie zuvor im Regierungsvorschlag geschätzt. Im ersten Jahr der Anwendung des Gesetzes würden die zusätzlichen Mittel, die für die operativen Ausgaben der Agenturen erforderlich sind, aus Mitteln des Regierungshaushalts finanziert, da die Kontrollgebühren erst nachträglich auf der Grundlage der von den Lizenznehmern gemeldeten tatsächlichen Lieferungen in Rechnung gestellt würden. Auch im Staatshaushaltsposten 11.10.19 (sonstige steuerähnliche Einnahmen) würden die Einnahmen aus den Kontrollgebühren für 2026 nicht vollständig anfallen, da das Gesetz aufgrund der Übergangszeit des Gesetzes voraussichtlich frühestens ab dem 1. Juni 2025 gelten würde. Dies bedeutet, dass die Kontrollgebühren auf der Grundlage der von den Lizenzinhabern gemeldeten Lieferungen nur für einen Teil des Jahres 2025 anfallen würden. Die Kontrollgebühren, die unter Posten 11.10.19 (sonstige steuerähnliche Gebühren) aus den Kontrollgebühren für die Lizenz zur Lieferung alkoholischer Getränke im Jahr 2026 anzurechnen sind, werden auf etwa 100 000 bis 200 000 EUR geschätzt. Der Bedarf der Agenturen an zusätzlichen Ressourcen und die Höhe der Kontrollgebühren müssen möglicherweise nach Inkrafttreten der Änderung geprüft werden, wobei die endgültige Zahl der Inhaber von Liefergenehmigungen und die bei der praktischen Durchführung der Aufsichtsarbeit gewonnenen Erfahrungen zu berücksichtigen sind.

Eine umfassende Reform der regionalen Staatsverwaltung wird derzeit vom Finanzministerium vorbereitet. Im Falle der Umsetzung wird die Reform der Regionalverwaltung erhebliche Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Lizenz- und Kontrollbehörden nach dem Alkoholvergesetz haben, da beispielsweise Valvira und die regionalen staatlichen Verwaltungsstellen zu einer einzigen nationalen Lizenz- und Kontrollagentur zusammengeführt würden. Die Gesetzesvorschläge zur Reform der regionalen Verwaltung sollen Anfang 2026 in Kraft treten. Daher wäre die vorgeschlagene Änderung des Alkoholvergesetzes und ihre Auswirkungen auf die im Alkoholvergesetz genannten Lizenz- und Kontrollbehörden nur eine Zwischenphase von höchstens einem Jahr vor Aufnahme der Tätigkeit der nationalen Zulassungs- und Kontrollstelle, sofern die regionale Verwaltungsreform innerhalb des geplanten Zeitrahmens umgesetzt wird.

Der Vorschlag könnte auch Auswirkungen auf die Polizei haben. Alkohol ist der häufigste Faktor hinter Gewalt und Unfällen. Alkoholkonsum, insbesondere übermäßiger Alkoholkonsum, erhöht das Risiko, ein Gewaltverbrechen zu begehen oder Opfer eines solchen zu werden. Im Jahr 2023 hatte die Polizei etwa 224 000 alkoholbedingte Notfalleinsätze. Der Gesetzentwurf könnte ordnungsbezogene Anrufe und Straftaten und damit die Arbeitsbelastung der Polizei erhöhen. Insbesondere könnten die Notrufe in Privathaushalte zunehmen, wenn der Alkoholkonsum im häuslichen Umfeld infolge des Vorschlags steigt. Alkoholbedingte Notrufe treten jedoch insbesondere während der Abend- und Nachtzeit auf. Da die Lieferung alkoholischer Getränke nur von 9.00 bis 21.00 Uhr erlaubt wäre, dürfte der Gesetzentwurf keine nennenswerten Auswirkungen auf die nächtlichen Polizeieinsätze haben.

Der Vorschlag würde es Bildungseinrichtungen ermöglichen, Lieferpass-Tests zu organisieren, nach deren Bestehen eine Person ein Lieferpasszertifikat erhalten würde. Der Lieferpass wäre ein Hinweis auf die Kompetenz des Lieferanten des alkoholischen Getränks. Bildungseinrichtungen wären berechtigt, eine Gebühr für die Prüfung zu erheben. Im Allgemeinen hängt die Zahl der Personen, die die Prüfung absolvieren, von der Zahl der Unternehmen ab, die eine Lizenz für die Lieferung von Alkohol beantragen. Für jedes Unternehmen, das eine Lieferlizenz beantragt, kann die Anzahl der Personen, die alkoholische Getränke liefern und den Test durchführen, von einer Handvoll Personen bis zu Tausenden von Personen reichen. Die Nachfrage nach Lieferpass-Tests dürfte unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes hoch sein.

Auswirkungen auf die Situation der Haushalte und Verbraucher

Während der regelmäßige Alkoholkonsum der Finnen zurückgegangen ist, lag der wöchentliche Alkoholkonsum 2023 bei Männern immer noch bei 48 % und bei Frauen bei 22 %. Der Anteil der völlig

nüchternen Personen lag 2023 bei 12 % der Bevölkerung⁴. Die Reform würde dem erheblichen Anteil der Finnen, die Alkohol konsumieren, zugutekommen, da für den Kauf alkoholischer Getränke kein Besuch einer physischen Verkaufsstelle erforderlich wäre. Verbraucher, die sich Alkohol liefern lassen, würden Zeit und Kosten für den Einkauf sparen. Ein erheblicher Teil der Finnen würde weiterhin ihre alkoholischen Getränke kaufen, indem sie zu einer physischen Verkaufsstelle gehen. Die Lieferung von Alkohol an die Verbraucher ist wahrscheinlich am einfachsten und billigsten in dicht besiedelten Gebieten, in denen Lieferungen kostengünstig erfolgen können. In diesen Gebieten sind die Entfernungen zum nächsten Geschäft oder Alko noch meist kurz.

5.3 Sonstige Auswirkungen auf die Menschen und die Gesellschaft

Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit

In Finnland ist die Zahl der Menschen, die an alkoholbedingten Krankheiten und Vergiftungen sterben, mehr als dreimal so hoch wie in Schweden und Norwegen. Alkohol ist auch ein Bestimmungsfaktor vieler Krankheiten. Es besteht ein signifikant erhöhtes Risiko, an Krebserkrankungen der Mundhöhle, des Kehlkopfes, des Rachens, der Speiseröhre und der Leber zu erkranken, sowie ein leicht erhöhtes Risiko für Brust- und Darmkrebs. Zum Beispiel erhöht Alkohol das Brustkrebsrisiko auch bei geringem Konsum, und das Risiko steigt proportional zum Alkoholkonsum. Obwohl der Gesamtkonsum alkoholischer Getränke sowie der Risikokonsum in den letzten zehn Jahren stetig zurückgegangen sind, ist der Hochrisiko-Alkoholkonsum in Finnland nach wie vor weit verbreitet.

Akademische Literatur zeigt, dass diejenigen, die Alkohol online kaufen und liefern lassen (die Studien verwenden den Begriff *Lieferung nach Hause* im Sinne von „kotinkuljeuts“), einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Alkoholkonsumenten mit hohem Risiko umfassen⁵. Es ist jedoch möglich, dass risikoreiche Alkoholkonsumenten es vorziehen, mehr online zu kaufen als andere Verbraucher, im Gegensatz zu Online-Shopping an sich, was den Alkoholkonsum derjenigen erhöht, die es geliefert bekommen. Der Gesetzentwurf kann sich jedoch negativ auf alkoholbedingte Schäden auswirken, insbesondere für diejenigen, die bereits in hohem Maße Alkohol konsumieren.

Für viele Menschen mit Alkoholproblemen hat der Kauf von alkoholischen Getränken verlangt, dass sie fahrfähig sind, was nicht mehr notwendig wäre, wenn alkoholische Getränke geliefert werden könnten. Wenn die Einhaltung der Rechtsvorschriften bei der Lieferung alkoholischer Getränke nicht ausreichend gewährleistet werden kann, besteht die Gefahr, dass der Alkoholkonsum von Alkoholabhängigen zunimmt, wenn beim Kauf von Alkohol keine Nüchternheit mehr erforderlich ist. Im Allgemeinen ist es viel schwieriger, den Zustand der Vergiftung zum Zeitpunkt der Lieferung eines alkoholischen Getränks zu beurteilen, da die Person, die sie austellt, nicht in der Lage ist, die berauschte Person auf die gleiche Weise wie in einem Geschäft auf Anzeichen von Rausch zu beobachten.

In der Tat kann die Lieferung von alkoholischen Getränken bei manchen Menschen zu längeren Trinksituationen und zum Trinken großer Mengen Alkohol zu einem Zeitpunkt führen, an dem Bestellungen getätigt werden⁶. In einer australischen Studie wurde das oben genannte Problem insbesondere mit

⁴ Suomalaisten alkoholinkäyttötavat 2023. Tilastoraportti-Veröffentlichungsreihe der THL 59/2023, 30. Oktober 2023. https://www.julkari.fi/bitstream/handle/10024/147677/Tilastoraportti_59_2023_Suomalaisten_alkoholink%C3%A4ytt%C3%B6tavat_2023_s.pdf?sequence=1&isAllowed=y

⁵ Coomber K. ym. (2023) Merkmale von Hoch- und Niedrigrisikotrinkern, die Online-Alkohol-Heimlieferung in Westaustralien nutzen. *Drug and Alcohol Review*, S. 1–9.

⁶ Colbert S ym. (2023) Querschnittsbefragung einer willkürlichen Stichprobe von Australiern, die Alkohol-Lieferdienste nutzen. *Drug Alcohol Rev.* 42, S. 986–995

schnellen Lieferungen in Verbindung gebracht. Callinan et al. (2023)⁷ betonten, dass schnelle Lieferungen die Möglichkeit eines impulsiven Alkoholkonsums erhöhen und Impulsivität ein Schlüsselfaktor für den Alkoholkonsum mit hohem Risiko und die damit verbundenen Schäden ist. Der Gesetzentwurf würde jedoch die Lieferungen von alkoholischen Getränken auf die Zeit zwischen 9 und 21 Uhr begrenzen. Dies würde insbesondere eine impulsive Bestellung von alkoholischen Getränken sehr spät am Abend verhindern. In Finnland tritt episodisches Trinken (fünf oder mehr konsumierte Dosen) in der Regel abends auf. Von den Zeiten, in denen Finnen (im Alter von 20 bis 79 Jahren) bis zur Vergiftung trinken, wurde in 74 % der Fälle Alkohol auch außerhalb der Zeit zwischen 9 und 21 Uhr konsumiert⁸. Alkoholbedingte Schäden manifestieren sich bei älteren Menschen in einer deutlich geringeren Anzahl von Einheiten als bei jungen Menschen. Die Lieferung von alkoholischen Getränken könnte den Kauf von Alkohol erleichtern, insbesondere für ältere Menschen mit schlechter Gesundheit, wodurch ihr Alkoholkonsum und die daraus resultierenden Schäden erhöht werden. Sowohl die alkoholbedingten Schäden, die durch langfristigen Alkoholkonsum verursacht werden, als auch Unfälle im Haushalt könnten zunehmen, wenn der Vorschlag den Alkoholkonsum bei älteren Menschen erhöhen würde.

Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche

Alkohol ist ein wesentlicher Faktor für Gewalt in der Partnerschaft.⁹ Wenn der Vorschlag den Alkoholkonsum, insbesondere zu Hause, erhöhen würde, würde auch das Risiko einer Zunahme der Gewalt in der Partnerschaft steigen. Der Zusammenhang zwischen dem Anstieg des Alkoholkonsums und einer Zunahme der Gewalt in der Partnerschaft betrifft auch Kinder. Zu Hause können Kinder selbst Gewalt durch einen Elternteil ausgesetzt sein oder Zeuge von Gewalt zwischen Eltern oder von einem Elternteil gegen den anderen Elternteil werden.

In Finnland war einer der Schlüsselfaktoren für den Rückgang des Alkoholkonsums bei jungen Menschen der schwierige Zugang zu Alkohol, den junge Menschen erlebt haben,¹⁰ d. h. wirksamere Altersbeschränkungen in der Praxis. Sowohl private Einzelhandelsunternehmen als auch Alkos verstärkten in den 2010er Jahren die Alterskontrollen. Basierend auf den Erfahrungen der Länder, die derzeit die Lieferung von Alkohol zulassen, besteht das Hauptproblem des verantwortungsvollen Verkaufs und der Verkaufskontrolle bei der Lieferung von alkoholischen Getränken in der Überprüfung der Altersgrenzen und der Abgabe von Alkohol an Minderjährige. So ergaben beispielsweise Anfang 2024 in den Niederlanden durchgeführte behördliche Kontrollen, dass 70 % der Verkäufer alkoholischer Getränke das Alter des Empfängers zum Zeitpunkt der Lieferung des alkoholischen Getränks nicht überprüften und das alkoholische Getränk einem minderjährigen Testkäufer übergaben¹¹. Der Vorschlag sieht vor, dass das Alter des Empfängers im Zusammenhang mit der Lieferung alkoholischer Getränke überprüft wird und alkoholische Getränke nicht an eine Person übergeben werden, die zum Zeitpunkt der Lieferung keine

⁷ Callinan S. ym. (2023) Um die Auswirkungen der Ausweitung der Heinlineerung in Australien zu bewerten, benötigen Forscher die Regulierungsbehörden, um Daten über den Umsatz zu sammeln und zu teilen. *Drug Alcohol Rev.* 42, S. 1309–1311.

⁸ Die Daten basieren auf einer von THL im Jahr 2023 erstellten Studie über Trinkgewohnheiten

⁹ Ministerium für Soziales und Gesundheit 2007. Ein Teufelskreis für die ganze Familie. *Zwischenmenschliche Gewalt und Alkohol*. Berichte des Ministeriums für Soziales und Gesundheit 2007:27, S. 31. Online: <https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/72104/Selv200727.pdf?sequence=1&isAllowed=y>.

¹⁰ Raitasalo, K. et al. (2018) Was passiert beim Alkoholkonsum Minderjähriger? Überlegungen zu finnischen ESPAD-Daten. *Drug and Alcohol Review* 37, S. 76–84.

¹¹ Inspectieresultaten - Pilot leeftijdsgrenscontrole bij aflevering van alcoholhoudende dranken bij online networkop. Niederländische Behörde für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, 31.5.2024. <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/publicaties/2024/05/31/inspectieresultaten-pilot-leeftijdsgrenscontrole-bij-aflevering-van-alcoholhoudende-dranken-bij-online-verkoop>

18 Jahre alt ist. Wenn jedoch die Altersbeschränkung nicht wirksam umgesetzt wird, kann die Abgabe von Alkohol die Verfügbarkeit von Alkohol erhöhen, insbesondere für junge Menschen.

In Australien waren schnelle Lieferungen besonders üblich für Personen unter 25 Jahren. Auf diese Weise können schnelle Lieferungen zu längeren Trinksituationen und einem Anstieg der gleichzeitig konsumierten Alkoholmengen führen, insbesondere bei jungen Menschen. Das Gesetz würde jedoch keine Lieferung nach 21 Uhr erlauben, was verhindern würde, dass schnelle Lieferungen spät am Abend und Trinkepisoden bis spät in den Abend oder die Nacht verlängert werden. In etwa 60 % der Trinkepisoden junger Menschen (20–34 Jahre) in der häuslichen Umgebung wurde Alkohol auch außerhalb der Zeit zwischen 9 und 21 Uhr konsumiert. Von den Trinkepisoden junger Menschen in der häuslichen Umgebung, in der Alkohol bis zur Vergiftung konsumiert wurde, endeten 90 % außerhalb der Zeit zwischen 9 und 21 Uhr.

Folgen für die Gleichstellung der Geschlechter

Laut der Erhebung von Statistics Finland aus dem Jahr 2021 über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien durch die Bevölkerung ist Online-Shopping bei Männern und Frauen etwa gleich häufig.¹² Dennoch können die Hauptauswirkungen des Vorschlags auf Frauen und Männer unterschiedlich geschätzt werden. Bei Männern können die Auswirkungen besonders als Anstieg des Alkoholkonsums und folglich als alkoholbedingte Schäden sichtbar werden. Die Hauptrisiken des Vorschlags im Zusammenhang mit der Zunahme alkoholbedingter Schäden hängen insbesondere mit längeren Trinksitzungen und einer Zunahme der gleichzeitig konsumierten Einheiten zusammen, was insbesondere mit Express-Bestellungen zusammenhängt. Diese Risiken können bei Personen, die bereits eine große Menge Alkohol konsumieren, als besonders ausgeprägt eingeschätzt werden. Da es bei Männern deutlich häufiger als bei Frauen zu schweren Alkoholproblemen kommt, kann davon ausgegangen werden, dass der Vorschlag größere Auswirkungen auf die Gesundheit von Männern als auf die Gesundheit von Frauen haben wird.

Die Sterblichkeit wegen Alkohol ist bei Männern höher als bei Frauen. Im Jahr 2022 starben in Finnland insgesamt 1 664 Menschen an alkoholbedingten Krankheiten und Alkoholvergiftungen. Davon waren 1 251 Männer und 413 Frauen.¹³ Laut der Umfrage zu den Trinkgewohnheiten 2023 konsumieren Männer häufiger Alkohol als Frauen. Bei den Männern lag der Anteil der Personen, die wöchentlich Alkohol konsumierten, bei 48 %, während er bei den Frauen bei 22 % lag. Komatrinken ist auch bei Männern viel häufiger als bei Frauen. Der Prozentsatz der Menschen, die sich jeden Monat betranken, betrug 32 % bei Männern und 10 % bei Frauen.¹⁴ Die moderate Risikogrenze für Alkoholkonsum (mehr als 14 Einheiten pro Woche für Männer und mehr als 7 Einheiten pro Woche für Frauen) wurde von 15 % der Männer und 9 % der Frauen überschritten.¹⁵

¹² Statistics Finland: E-Commerce im Wandel 30. November 2021, https://stat.fi/til/sutivi/2021/sutivi_2021_2021-11-30_tie_001_en.html

¹³ Statistiken von Statistic Finland über Todesursachen, https://pxdata.stat.fi/PxWeb/pxweb/de/StatFin/StatFin_ksyyt/statfin_ksyyt_pxt_11bx.px/, 23. August 2024.

¹⁴ Nationales Institut für Gesundheit und Wohlfahrt, Statistischer Bericht 59/2023, finnische Alkoholkonsumgewohnheiten 2023. S. 3-4.

¹⁵ Statistischer Bericht 59/2023 von THL, finnische Alkoholkonsumgewohnheiten 2023, S. 6.

Wenn die Heimlieferung die alkoholbedingten Schäden erhöhen würde, würden diese zusätzlichen Probleme wahrscheinlich von mehr Männern als Frauen erfahren werden. Die Regulierung, Lizenzierung und regulatorische Kontrolle der Lieferungen alkoholischer Getränke kann zur Verwirklichung von Risiken beitragen. Insbesondere ist das Ausmaß, in dem die Abgabe alkoholischer Getränke mit dem Verbot der Abgabe von Alkohol an Betrunkene im Einklang steht, von besonderer Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Verfügbarkeit von Alkohol für Betrunkene durch den Vorschlag nicht verbessert wird.

Alkohol ist auch ein wichtiger Treiber von Gewalt in intimen Partnerschaften. Wenn der Vorschlag den Alkoholkonsum, insbesondere zu Hause, erhöhen würde, würde auch das Risiko einer Zunahme der Gewalt in der Partnerschaft steigen. Gewalt in intimen Partnerschaften ist in Finnland ein häufiges und ernstes Ereignis. Die meisten Opfer von Gewalt in intimen Partnerschaften sind Frauen oder Mädchen. Laut einem aktuellen statistischen Bericht wurden den Behörden im Jahr 2021 10 900 Opfer von Gewalttaten in der Partnerschaft gemeldet. Von den erwachsenen Opfern waren 75 % Frauen, und 77 % der Personen, die der Gewalt in der Partnerschaft verdächtigt wurden, waren Männer. Bei weitem nicht alle Fälle von Gewalt in der Partnerschaft werden den Behörden gemeldet.¹⁶ Laut Statistik hat etwa ein Drittel der Frauen irgendwann in ihrem Leben körperliche Gewalt, Drohungen mit körperlicher Gewalt oder sexuelle Gewalt von einem Partner erfahren. Weniger als ein Fünftel der Männer hat solche Gewalt von einer Partnerin erlebt.¹⁷

Starker Alkoholkonsum erhöht das Risiko von Gewalt in der Partnerschaft und beeinflusst das Wiederauftreten, die Schwere und die Folgen von Gewalt. Die Trunkenheit des Täters erhöht das Risiko mehr als die Trunkenheit des Opfers. Das Trinken großer Mengen ist ein bedeutenderer Faktor als die Häufigkeit des Trinkens. Die Folgen sind schwerwiegender, wenn der Täter oder beide Parteien der Gewalt berauscht sind.¹⁸ Der Täter von Gewalt in der intimen Partnerschaft ist in fast der Hälfte der Gewaltsituationen berauscht, und die Folgen von alkoholbedingter Gewalt in der intimen Partnerschaft sind oft schwerwiegender als die von nicht alkoholbedingter Gewalt in der intimen Partnerschaft.¹⁹

Intime Partnergewalt findet oft in Häusern oder an anderen privaten Orten statt. Da der Vorschlag dazu führen könnte, dass das Trinken zu Hause zunimmt, könnte er auch das Risiko von Gewalt in der Partnerschaft erhöhen. Die Genehmigung von Expresslieferungen würde dieses Risiko besonders erhöhen, da solche Aufträge spontan und möglicherweise im Rausch erteilt werden können. Dem Vorschlag zufolge würde die Lieferung alkoholischer Getränke den gleichen Verboten für die Abgabe alkoholischer Getränke unterliegen, wie dies beispielsweise bisher im Einzelhandel der Fall war. Dies bedeutet, dass alkoholische Getränke nicht an eine eindeutig betrunkene Person abgegeben werden sollten. Inwieweit die Lieferverbote eingehalten werden, ist für die Verwirklichung der Risiken von Bedeutung.

¹⁶ Statistischer Bericht 43/2023 von THL, Häusliche Gewalt 2021. 23 August 2024, S. 3.

¹⁷ Statistics Finland: Geschlechtsspezifische Gewalt und häusliche Gewalt in Finnland 2021, S. 17.

¹⁸ Finnisches Institut für Gesundheit und Wohlfahrt: Alkohol als Risikofaktor für Gewalt in der Partnerschaft, https://www.julkari.fi/bitstream/handle/10024/116695/Alkoholi_1%c3%a4hisuhdev%c3%a4kivallan_riskitekij%c3%a4n%c3%a4_2014.pdf?sequence=1&isAllowed=y, 2014.

¹⁹ Ministerium für Soziales und Gesundheit 2007. Ein Teufelskreis für die ganze Familie. Zwischenmenschliche Gewalt und Alkohol. Berichte des Ministeriums für Soziales und Gesundheit 2007:27, S. 31. Online: <https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/72104/Selv200727.pdf?sequence=1&isAllowed=y>.

In den letzten Jahrzehnten fanden finnische Ermordungen am ehesten in Privatwohnungen statt. Von den im Berichtszeitraum begangenen Straftaten waren 68 % in Privatwohnungen verübt worden. Finnische Ermordungen stehen in engem Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Situationen, in denen Alkohol konsumiert wird. Die Mehrheit der Ermordungen in Finnland steht im Zusammenhang mit Alkoholkonsum von nicht erwerbstätigen Männern mittleren Alters. Zwischen 2010 und 2018 waren bei 58 % der Ermordungen an Erwachsenen alle Beteiligten zum Zeitpunkt der Straftat betrunken, während bei 77 % der Straftaten mindestens eine der Beteiligten betrunken war. Der Zusammenhang mit dem Alkoholkonsum war bei Männern besonders stark: 72 % der an Ermordungen beteiligten erwachsenen Männer waren zum Zeitpunkt der Straftat betrunken. Die Männer und Frauen, die die Verbrechen begangen haben und unmittelbar nach der Tat gefasst wurden, hatten im Durchschnitt einen Blutalkoholgehalt von knapp 2,0 Promille (2 %) und die Opfer weit über 2,0 Promille (2 %). Im Falle der Täter können die Ergebnisse nicht verallgemeinert werden, da es wahrscheinlich ist, dass der Grad der Vergiftung das Risiko beeinflusst hat, gefasst zu werden. Andererseits hatte bei den Opfern der Grad der Intoxikation keinen Einfluss auf die Messergebnisse, während er sich wahrscheinlich auf die Auswahl der Opfer auswirken könnte. Bei alkoholbedingten Ermordungen war der Vergiftungsgrad der Opfer in der Regel höher als der der Täter. Schwere Vergiftungen haben es den Opfern möglicherweise erschwert, in Konfliktsituationen – sowohl geistig als auch körperlich – zu funktionieren. Von den männlichen Verdächtigen, die zum Zeitpunkt der Straftat betrunken waren, waren 67 % allein von Alkohol berauscht und 33 % standen unter dem Einfluss von Alkohol und einer anderen (oder mehreren anderen) Substanz(en). Die entsprechenden Anteile weiblicher Verdächtiger lagen bei 69 % und 31 %.²⁰

Auswirkungen auf die Position von Alko

Die Möglichkeit, landwirtschaftliche Weine und handwerkliche Biere direkt von der Verkaufsstelle an den Käufer zu liefern, würde sich auch auf die Rechtslage im Fernabsatz auswirken. Die Ermöglichung der Lieferung von landwirtschaftlichen Weinen und handwerklichen Bieren vom Erzeugungsort an den vom Käufer angegebenen Ort würde die EU wahrscheinlich dazu veranlassen, die Anwendung ähnlicher Bestimmungen auf Verkäufer aus anderen Mitgliedstaaten zu verlangen. Der Fernabsatz aus dem Ausland wäre daher ausdrücklich für alle alkoholischen Getränke mit einem Ethylalkoholgehalt von bis zu 13 % vol. zulässig.

Wenn der Fernabsatz möglich würde, könnten Alkoholprodukte, die unter das Monopol von Alko fallen, nach Finnland verkauft werden. Dies könnte Auswirkungen auf die Position von Alko haben. Die Auswirkungen auf die Position von Alko würden zum Teil davon abhängen, inwieweit die Verbraucher ihre früheren Einkäufe bei Alko durch alkoholische Getränke ersetzen würden, die im Fernabsatz gekauft wurden. Der Umsatz von Alko könnte sinken, was die wirtschaftlichen Bedingungen für seine Geschäftstätigkeit schwächen würde. Andererseits könnte die Ermöglichung des Fernabsatzes die Monopolstellung von Alko so beeinträchtigen, dass die Rechtfertigung für ihr Bestehen untergraben würde. Das Alkoholgesetz gewährt Alko das ausschließliche Recht, alkoholische Getränke aus Gründen der öffentlichen Gesundheit zu verkaufen. Eine Verringerung des Umfangs des Monopols würde auch die Begründung für den Gesundheitsschutz der Öffentlichkeit schwächen.

²⁰ Lehti, Martti (2020) Homicide Review 2020. Universität Helsinki, Institut für Kriminologie und Rechtspolitik, Rezensionen; 41/2020.

